

Fraktionen der SPD und des KAH in der Gemeindevertretung der Gemeinde Höchst
- Die Vorsitzenden -

Andreas Richter (SPD)
Klaus Pankow (KAH)

An den
Gemeindevorstand der Gemeinde Höchst

An den
Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Höchst Herrn Klein
oder Vertreter im Amt

Höchst, den 07.11.2016



Antrag der Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und des Kommunalpolitischen Arbeitskreis Höchst (KAH)

Sehr geehrter Herr Klein,

die Fraktionen der SPD und des KAH stellen folgenden Antrag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt:

- Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2017 die zur Finanzierung einer Jugendpfleger/innen-Stelle erforderlichen Mittel in den Haushalt einzustellen.
- Die erforderliche Stelle ist in den Stellenplan aufzunehmen. Dies darf nicht zulasten der bestehenden Anteilsfinanzierung der Schulsozialarbeit an der EGS erfolgen.
- Desweiteren sollen die für eine sinnvolle Jugendarbeit erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, wobei ein Schwerpunkt der Tätigkeit aber im Bereich „Streetworking“ liegen soll.

Begründung:

Gemäß §1 Abs1 Sozialgesetzbuch VIII hat jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Hierzu muss die Kommune mit einer, der eigenen Leistungsfähigkeit angepassten, Jugendarbeit einen wirksamen Beitrag leisten. Ziel der Kinder- und Jugendarbeit es das Recht auf Erziehung zu gewährleisten und die persönliche und soziale Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Dazu sollen Leistungen, die Mädchen und Jungen gleichberechtigt zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement anregen und hinführen, angeboten werden.

In den vergangenen Jahren wurde die Jugendarbeit in der Gemeinde Höchst durch einen externen Jugendpfleger auf Honorarbasis sichergestellt. Dieses Modell hat sich aus unterschiedlichen Gründen nicht bewährt und muss heute als gescheitert angesehen werden.

Auf Grund der komplexen Anforderungen, die heute an eine moderne und zielführende Jugendarbeit gestellt werden, kann diese nur erfolgreich geleistet werden, wenn hierfür sowohl speziell ausgebildetes Personal zur Verfügung steht, also auch die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Fraktionen von SPD und KAH sehen daher in der Einstellung einer Jugendpflegerin oder eines Jugendpflegers eine Investition in die Zukunft die sich mittelfristig auszahlen wird. Im Aufgabenfeld der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und jugendlichen Flüchtlingen ist eine, auf die Bedürfnisse dieser Jugendlichen abgestimmte, Jugendarbeit von herausragender Bedeutung. Die Tatsache, dass in Höchst viele Jugendliche ihre Freizeit im Wesentlichen im Bereich öffentlicher Plätze und Einrichtungen unter freiem Himmel verbringen, macht es erforderlich, den öffentlichen Raum in die Jugendarbeit zu integrieren.

Die einzustellende Jugendpflegerin bzw. der einzustellende Jugendpfleger muss daher Kenntnisse und Erfolge im Bereich Integrationsarbeit und auch als Streetworkerin bzw. Streetworker vorweisen können.

Damit Jugendarbeit gelingen kann müssen die hierfür erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Dies sollte am zweckmäßigsten in Räumen erfolgen die durch die Jugendlichen unter Verantwortung und Anleitung der Jugendpflegerin oder des Jugendpflegers autonom verwaltet und (soweit möglich) auch gestaltet werden.

Der Antrag soll vorab in den Fachausschüssen beraten werden.

Mit freundlichen Grüßen



(Andreas Richter)



(Klaus Pankow)